

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Veronika Matiasek betreffend „Umstellung von Gas- auf Fernwärme - Wiener Klima-Fahrplan“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 23. Februar 2022 zu Post 22

Im Wiener Klima-Fahrplan sind eine Vielzahl an Ideen und Vorhaben verankert, die Wien zu einer „klimagerechten Stadt“ machen sollen. Aus den Plänen geht jedoch meist nicht hervor, wie die Ideen genau umgesetzt werden sollen und auch nicht, welche Kosten und Belastungen für die Wienerinnen und Wiener damit verbunden sind.

Zitat von Seite 65 des Wiener Klima-Fahrplans:

„Denn Ölprodukte und Erdgas machen nach wie vor mehr als die Hälfte des Energieverbrauchs der Produktion aus, sie zu ersetzen ist demnach die größte Herausforderung in diesem Sektor. Das bedeutet:

- Elektrifizierung weiter Teile der Produktionsprozesse. Umstellung von Gas auf Fernwärme für Niedertemperaturprozesse (z.B. Trocknung, Glashausbeheizung).
- Ausbau der Fernkälte als effiziente Infrastruktur für die Kühlung von Gebäuden.
- Umstellung mobiler Arbeitsgeräte (z.B. Baufahrzeuge, landwirtschaftliche Geräte) auf klimafreundliche Energieträger.
- Bereitstellung von (exergetisch) hochwertigen erneuerbaren Energieträgern für die Deckung des verbleibenden Bedarfs an Hochtemperatur-Wärme.
- Nutzung von Abwärme aus Hochtemperaturanwendungen und aus der Kühlung insbesondere von Datacentern für Fern- oder Nahwärme.
- Anpassung der dafür notwendigen Leitungsinfrastruktur (z.B. Verstärkung des Stromnetzes; Adaptierung des Gasnetzes).“

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal sowie der amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke werden aufgefordert, dem Wiener Gemeinderat offenzulegen, wie die Energiepreise sozial abgedeckt werden sollen und welche Auswirkungen die Maßnahmen auf die Energiepreise haben werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.